

## Antrag

der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Sebastian Münzenmaier, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler, Dr. Christina Baum, Barbara Benkstein, Marc Bernhard, René Bochmann, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Jörn König, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

### Deindustrialisierung stoppen – Aufschwung für Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesregierung und EU-Kommission haben angekündigt, ein neues Wirtschaftswunder in Deutschland durch die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft inklusive der Industrie herbeizuführen und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts mit einer transformativen Angebotspolitik zu bewahren, zu erhalten und nachhaltig zu stärken.<sup>1</sup>
2. Zur Herbeiführung der sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft inklusive der Industrie bedienen sich sowohl der Bundeswirtschaftsminister im Rahmen seiner transformativen Angebotspolitik als auch die EU-Kommission eines Instrumentenmixes bestehend aus regulativen Marktinterventionen sowie aktiven und passiven Förderungen bzw. vieler Markteingriffe und Subventionen.<sup>2</sup>
3. Die deutsche Wirtschaft befand sich nach dreijährigen intensiven Transformationsbemühungen der Bundesregierung entgegen dem globalen Wachstumstrend in einer Rezession und wird voraussichtlich über die nächsten Jahre weiter stagnieren. Die Wachstumsraten im Industriesektor sind ebenfalls negativ und Frühindikatoren zeigen kein Ende der Deindustrialisierung samt Abwanderung von insbesondere energieintensiven Industrieunternehmen und sinkenden Investitionen an.<sup>3</sup>
4. Sinkende Investitionen deutscher und ausländischer Unternehmen in Deutschland führen zur Überalterung und Aufzehrung des deutschen Kapitalstocks. Technologieverbote der Bundesregierung verschärfen diese Entwicklung, da hierdurch Kapital vernichtet wird.<sup>4</sup>
5. Kapitalvernichtung durch gesetzliche Technologieverbote im Energiesektor bzw. der gesetzlich herbeigeführte Ausstieg aus der Kohle- und Kernkraft, um die sogenannten „Erneuerbaren Energien“ im Strommarkt zu bevorzugen, haben das Stromangebot in Deutschland verringert und

<sup>1</sup> Siehe Begründung Abs. 1

<sup>2</sup> Siehe Begründung Abs. 2 – 4

<sup>3</sup> Siehe Begründung Abs. 5 – 6

<sup>4</sup> Siehe Begründung Abs. 7

- die Versorgungssicherheit gesenkt. Die gestiegenen Strompreise in Deutschland sind international nicht wettbewerbsfähig und tragen zur Abwanderung von energieintensiven Industrieunternehmen und dem Ausbleiben von Investitionen in Deutschland bei, da der deutsche Strompreis für Unternehmen um ein Vielfaches höher ist als im Ausland.<sup>5</sup>
6. Der beschleunigte Ausbau von sogenannten „Erneuerbaren Energien“, insbesondere Wind- und Solarkraftanlagen ist in einem verhältnismäßig wind- und sonnenarmen Land wie Deutschland keine sinnvolle Maßnahme, um international wettbewerbsfähige Strompreise anbieten zu können, da der beschleunigte Ausbau der sogenannten „Erneuerbaren Energien“ durch preissteigernde Steuern und Abgaben auf Energieträger finanziert wird und sinkende Strompreise den Finanzierungsbedarf der sogenannten „Erneuerbaren Energien“ aus dem Bundeshaushalt erhöhen. Durch den Verzicht auf Steuern und Abgaben, die die Energiepreise erhöhen, als auch den Verzicht auf Entlastungsmaßnahmen, um die hohen Energiepreise wieder zu senken, fällt Bürokratie in der öffentlichen Verwaltung sowie in den Unternehmen weg.<sup>6</sup>
  7. Die Bundesregierung sowie die EU-Kommission erhöhen die Bürokratiekosten für Unternehmen und die Verwaltung mit Subventionen, Markteingriffen und Vergünstigungen wie selektivem Bürokratieabbau für einzelne Industrieunternehmen und Branchen zur Erreichung von Transformationszielen.<sup>7</sup>
  8. Statt die international nicht wettbewerbsfähige Steuerbelastung von Unternehmen zu senken, erhöht die Bundesregierung Steuern, um die hohen Verwaltungskosten durch eine Vielzahl von Markteingriffen und Subventionen zur Erreichung von Transformationszielen zu finanzieren und bezeichnet dies, wie im Falle der Erhöhung der Energiesteuer auf Agrardiesel, als „Abbau von klimaschädlichen Subventionen“.<sup>8</sup>
  9. Unattraktive Rahmenbedingungen für tatsächliche Fachkräfte wie hohe Energiekosten, eine massive Bürokratiebelastung und eine hohe Steuer- und Abgabenlast beschleunigen nicht nur die Deindustrialisierung und schrecken Investoren ab, sondern verschärfen neben Problemen im Bildungssystem und der Krise am Wohnungsmarkt den Fachkräftemangel der Industrie, da deutsche Fachkräfte auswandern und tatsächliche ausländische Fachkräfte abgeschreckt werden. Die Zuwanderungspolitik der Bundesregierung wirkt sich zusätzlich negativ auf die Standortbedingungen günstiger Wohnraum und leistungsfähiges Bildungssystem aus.<sup>9</sup>
  10. Das Missmanagement der Wirtschafts- und Energiepolitik des Bundeswirtschaftsministers sowie die verfassungswidrige Haushaltspolitik zur Erreichung von Transformationszielen verschlechtern die konjunkturelle Lage und beschleunigen die Deindustrialisierung, da Bürger und Unternehmen das Vertrauen in die Bundesregierung und Planungssicherheit verloren haben und hierdurch weniger konsumieren und investieren.<sup>10</sup>
  11. Der ordnungspolitische Ansatz des Bundeswirtschaftsministers, den er als „transformativ Angebotspolitik“ bezeichnet, besteht im Kern darin, mit überhöhten Steuern und Abgaben ein den Transformationszielen dienliches Verhalten zu erzwingen. Die hierdurch generierten öffentlichen Einnahmen sollen wieder an diejenigen umverteilt werden, die den Transformationszielen dienlich sind. Kauf- und

---

<sup>5</sup> Siehe Begründung Abs. 8

<sup>6</sup> Siehe Begründung Abs. 9

<sup>7</sup> Siehe Begründung Abs. 10 – 13

<sup>8</sup> Siehe Begründung Abs. 14

<sup>9</sup> Siehe Begründung Abs. 15 – 16

<sup>10</sup> Siehe Begründung Abs. 17

Produktionsentscheidungen sollen mit selektiven Vergünstigungen entsprechend beeinflusst oder ggf. gleich ganz verboten werden, wie bspw. der Einbau (vorher Kauf und Produktion) von Gas- und Ölheizungen. Dieser Ansatz bzw. diese Form des staatlichen Eingriffs stellt Selbstverständlichkeiten wie den Respekt vor dem Eigentum der Bürger sowie der Handlungsfreiheit der Unternehmen und Haushalte in Frage und ist ein erhebliches Risiko für die langfristigen Wachstums- und Wohlstandsaussichten Deutschlands, da Unternehmen zu Instrumenten der Planzielerfüllung degradiert werden und Konsumenten die Wahlfreiheit genommen wird.<sup>11</sup>

12. Die im Rahmen der transformativen Angebotspolitik durchgeführten Eingriffe in die Märkte verschlechtern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Industrie. Die hohen Subventionen bspw. an die Halbleiterindustrie sind ein Maß für die Unattraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschlands, da sie den Kompensationsbedarf anzeigen, der notwendig ist, um Investitionen in Deutschland trotz der schlechten Rahmenbedingungen auszulösen.<sup>12</sup>
13. Die transformative Angebotspolitik ist ein ordnungspolitischer Irrweg, der die Kapitalstruktur begünstigter und benachteiligter Unternehmen, die Kapitalmärkte sowie den Kapitalstock der deutschen Volkswirtschaft verzerrt. Sie schafft damit wettbewerbsunfähige Wirtschaftsstrukturen, die dauerhaft und steigend subventioniert werden müssen, wie die weiterhin und mit steigender Tendenz über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hochsubventionierte Windkraft- und Solarindustrie eindrucksvoll belegen. Die transformative Angebotspolitik des Bundeswirtschaftsministers verhindert Investitionen in marktfähige Technologien, Innovationen und Produkte und bedroht die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und seiner Industrie.<sup>13</sup>

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den ordnungspolitischen Irrweg der sogenannten „transformativen Angebotspolitik“ zu verlassen sowie die aktive Industriepolitik zur Erfüllung von planwirtschaftlichen Transformationszielen zu beenden, die zur Deindustrialisierung Deutschlands führt, und sich stattdessen auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Industrie zu fokussieren und hierfür zukünftig grundsätzlich auf wettbewerbsverzerrende kleinteilige Markteingriffe sowie Subventionen zu verzichten, um die mittel- und langfristigen konjunkturellen Aussichten zu verbessern;<sup>14</sup>
2. das Vertrauen der Unternehmen und Bürger in die Wirtschaftspolitik wieder aufzubauen, das private Eigentum und die Handlungsfreiheit zu respektieren und Planungssicherheit für die Industrie herzustellen, statt Unternehmen zu instrumentalisieren und die Wahlfreiheit der Bürger zu manipulieren oder gar einzuschränken, und sich hierfür in einem ersten Schritt zur Einhaltung der Schuldenbremse zu verpflichten, statt deren Aushöhlung voranzutreiben und immer neue fadenscheinige Begründungen für die Feststellung von Notlagen heranzuziehen;<sup>15</sup>

---

<sup>11</sup> Siehe Begründung Abs. 18

<sup>12</sup> Siehe Begründung Abs. 19

<sup>13</sup> Siehe Begründung Abs. 20 – 21

<sup>14</sup> Siehe I. 12 – 13

<sup>15</sup> Siehe I. 11

3. massiven Subventionsabbau zu betreiben und die eingesparten Mittel für Steuerentlastungen zu nutzen, statt hiermit weiter wettbewerbsunfähige Industrien wie die Solar- und Windkraftindustrie zu bevorteilen, und hierfür unter anderem die Finanzierung der EEG-Umlage aus dem Klima- und Transformationsfonds in Höhe von 10 bis 20 Milliarden Euro pro Jahr unter Berücksichtigung der vertraglichen Verpflichtungen umgehend einzustellen;<sup>16</sup>
4. den Fachkräftemangel mit der Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der Förderung von Aktivierungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Schüler, Studenten, Arbeitnehmer und Rentner sowie mit privaten Kapitalinvestitionen bspw. in die Robotik und Digitalisierung zu adressieren, statt die Standortbedingungen für Fachkräfte insbesondere auf dem Wohnungsmarkt und im Bildungssystem mit der derzeitigen Zuwanderungspolitik in die Sozialsysteme zu verschlechtern und so deutsche Fachkräfte zur Auswanderung zu zwingen und ausländische Fachkräfte abzuschrecken (siehe Bundestagsdrucksache 20/5225 oder auch 20/10372 für konkrete Vorschläge);<sup>17</sup>
5. ein günstiges steuerliches Umfeld für Unternehmen zu schaffen, um private Investitionen anzuregen und den Kapitalstock zu erweitern und zu modernisieren, statt diesen weiter mit unrentablen Ersatzinvestitionen aufzuzehren und hierfür bspw. den Solidaritätszuschlag generell und damit auch für hunderttausende Unternehmer und Gesellschaften abzuschaffen (siehe Bundestagsdrucksache 20/2589 für weitere konkrete Vorschläge);<sup>18</sup>
6. anstatt selektiven Bürokratieabbau zu betreiben und hierdurch den Wettbewerb zu verzerren, soll der Bürokratieaufwand für alle Unternehmen deutlich gesenkt werden. Dazu sollen zunächst prioritär Gesetze und Verordnungen angegangen werden, die neben hohem Bürokratieaufwand für Unternehmen mit hohem Verwaltungsaufwand, sprich hohem Aufwand für die öffentliche Verwaltung, verbunden sind (siehe Bundestagsdrucksache 20/8875 für konkrete Vorschläge);<sup>19</sup>
7. für international wettbewerbsfähige Energiepreise zu sorgen, indem in einem ersten Schritt staatliche Bestandteile der Energiepreise allgemein gesenkt werden, statt mit Einnahmen aus Steuern und Abgaben auf Energie selektive Entlastungsmaßnahmen von hohen Energiepreisen zu finanzieren, um insbesondere den energieintensiven Industrieunternehmen eine rentable Produktion in Deutschland zu ermöglichen (siehe Bundestagsdrucksache 20/2589 für konkrete Vorschläge);<sup>20</sup>
8. mit Technologieoffenheit für international konkurrenzfähige Energiepreise zu sorgen, indem in einem zweiten Schritt das Angebot von Strom, Gas und Öl erweitert wird und hierfür<sup>21</sup>
  - a. darauf hinzuwirken, den Rückbau von Kernkraftwerken sofort zu stoppen und diesen wieder Zugang zur Elektrizitätsvermarktung im Stromnetz zu gewähren und so den ideologisch motivierten Ausstieg aus der Kernenergie und die damit verbundene

---

<sup>16</sup> Siehe I. 10

<sup>17</sup> Siehe I. 9

<sup>18</sup> Siehe I. 8

<sup>19</sup> Siehe I. 7

<sup>20</sup> Siehe I. 6

<sup>21</sup> Siehe I. 4 – 5

- Kapitalvernichtung durch entsprechende Abänderung des Atomgesetzes zu beenden;
- b. die Kapitalvernichtung im Rahmen des Kohleausstiegs ebenfalls sofort zu beenden und Kohlekraftwerke wieder dauerhaft in die Stromnetze einspeisen zu lassen und so die künstlich herbeigeführte Energieverknappung zu beenden;
  - c. die Wirksamkeit des aktuellen Sanktionsregimes insbesondere im Energiebereich dahingehend zu überprüfen, welche Sanktionen das Energieangebot verknappen und mehr Schaden in Deutschland als beim Zielland der Sanktionen anrichten und das eigene Sanktionsregime entsprechend zu ändern sowie auf EU-Ebene auf Änderungen hinzuwirken.

Berlin, den 4. September 2024

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## Begründung

### Versprochenes Wirtschaftswunder durch Transformation

1. Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte an, dass die von der Bundesregierung herbeigeführte sozial-ökologische Transformation der deutschen Wirtschaft eine Wiederholung des deutschen Wirtschaftswunders mit jährlichen Wachstumsraten von bis zu acht Prozent zur Folge haben wird. Sein Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sprach von einem gigantischen Beschäftigungsprogramm, neuen internationalen Wettbewerbsvorteilen durch das im wortwörtlichen Sinne fantastische sozial-ökologische Wachstum.<sup>22</sup> Die sogenannte sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft wird den Wohlstand in Deutschland laut Jahreswirtschaftsbericht 2023 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz bewahren, ermöglichen und erneuern.<sup>23</sup> Laut Geleitwort des Bundeswirtschaftsministers im Jahreswirtschaftsbericht 2024 wird der Wirtschaftsstandort Deutschland und die Wettbewerbsfähigkeit von der „transformativen Angebotspolitik“ der Bundesregierung nachhaltig gestärkt.<sup>24</sup> Auch die zuvor 16 Jahre lang regierende CDU/CSU verspricht in ihrem Wahlprogramm die Schaffung sicherer und zukunftsfähiger Arbeitsplätze durch die Verbindung von nachhaltigem Wachstum, Klimaschutz und sozialer Sicherheit bzw. einem Euphemismus für den seitens der aktuellen Bundesregierung genutzten Begriff der „sozial-ökologischen Transformation“.<sup>25</sup> Die EU-Kommission unter der Kommissionspräsidentin sowie früheren Familien-, Arbeits- und Verteidigungsministerin der CDU, Ursula von der Leyen, will mit ihrem sogenannten „Green Deal“ (ebenfalls gleichbedeutend mit dem Begriff „sozial-ökologische Transformation“) eine moderne und wettbewerbsfähige Wirtschaft schaffen.<sup>26</sup>

### Transformation der Industrie mit selektiven Entlastungen und Subventionen

2. Im Rahmen des sogenannten „Green Deal“ soll auch die Industrie in der EU mit einer interventionistischen und wettbewerbsverzerrenden Industriestrategie transformiert werden.<sup>27</sup> Bestandteil der Industriestrategie ist

<sup>22</sup> <https://www.zeit.de/2023/20/klimaschutz-wirtschaftswachstum-energie-wende-unternehmen>

<sup>23</sup> <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/01/20230125-jahreswirtschaftsbericht-2023-wohlstand-erneuern.html>

<sup>24</sup> <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2024.pdf>

<sup>25</sup> <https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>, S. 33

<sup>26</sup> [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal\\_de](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de)

<sup>27</sup> [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan\\_de](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan_de)

das „Netto-Null-Industrie-Gesetz“, nach dem transformationsrelevanten Industrieunternehmen gesetzliche Vorteile wie die Bevorzugung bei Vergabeverfahren eingeräumt und weniger bürokratische Hürden in den Weg gestellt werden sollen. Auch sollen die Kosten solcher Industrieunternehmen mit Subventionen und günstigeren Kreditkonditionen gesenkt und so Wettbewerber benachteiligt werden.<sup>28</sup>

3. Die Bundesregierung verfolgt mit ihrer „transformativen Angebotspolitik“ und ihrer Industriestrategie dasselbe Transformationsziel für die Wirtschaft inklusive der Industrie mit analogen Methoden und Instrumenten, also vielen wettbewerbsverzerrenden Markteingriffen wie selektiver Beschleunigung von Genehmigungsprozessen und hohen Subventionen, bspw. Zuschüssen zu den Betriebskosten im Rahmen von „Klimaschutzverträgen“.<sup>29</sup> Einem Stahlunternehmen aus dem Saarland werden bspw. für die Umstellung seiner Produktionsverfahren die höchste Einzelsubvention in der Geschichte des Bundes in Höhe von 2,6 Milliarden Euro ausgereicht.<sup>30</sup> Weitere Stahlunternehmen haben aus dem gleichen Grund Subventionszusagen über 7 Milliarden Euro von Bund und Ländern erhalten. Für Zuschüsse zu den Betriebskosten in der Stahlindustrie werden bis zum Jahr 2041 weitere 23 Milliarden Euro bereitgestellt.<sup>31</sup> Investitionen von Chipherstellern wie Intel und TSMC werden ebenfalls hochsubventioniert. Neben Zusagen über Hilfsmaßnahmen im Falle außerordentlicher Energiepreissteigerungen wird Intel über mehrere Jahre 9,9 Milliarden Euro vom Bund für sein 33 Milliarden Euro teures Werk erhalten, also rund 30 Prozent der Kosten. TSMC wird insgesamt 5 Milliarden Euro für seine Investitionen in Höhe von 10 Milliarden Euro erhalten, um die schlechten Standortbedingungen in Deutschland auszugleichen.<sup>32</sup>
4. Laut Subventionsbericht des IfW für das Jahr 2024 belaufen sich die Finanzhilfen des Bundes auf 127,3 Milliarden Euro pro Jahr, nach 208 Milliarden Euro im Vorjahr, während sie im Jahr 2021 noch 77 Milliarden Euro betragen.<sup>33</sup> Laut Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023 werden bis 2045 bis zu 6.000 Milliarden Euro an Investitionen für die klimapolitische Transformation aller Wirtschaftsbereiche benötigt.<sup>35</sup> Der Bundeswirtschaftsminister fordert daher von der Industrie, privates Kapital in entsprechende Projekte zu lenken und in vermeintliche „Zukunftstechnologien“ zu investieren.<sup>36</sup> Flankierend zu den direkten Subventionen in die Transformation der Industrie und Forderungen gegenüber der Industrie sollen auch Instrumente der Strukturförderung wie der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) stärker für Transformationszwecke instrumentalisiert werden, um „Transformationstechnologien“ wie Solarpanels bzw. die Solarindustrie zu subventionieren.<sup>37</sup>

### Stagnation und Deindustrialisierung nach 2 Jahren Transformation

5. In der Realität ist kein Wirtschaftswunder durch die vielen Markteingriffe und Subventionen der Bundesregierung eingetreten, weder in der Gesamtwirtschaft noch in der Industrie. Statt jährlicher Wachstumsraten des BIP von bis zu 8 Prozent rechnet die Bundesregierung - die ein politisches Interesse an optimistischen Prognosen hat, da diese die eigene Wirtschaftspolitik bestätigen - mittlerweile selbst mit einer Jahre andauernden Stagnation der deutschen Wirtschaft und prognostiziert nach einer Schrumpfung von 0,3 Prozent im Jahr 2023 in der Frühjahrsprojektion für dieses Jahr ein Wachstum von 0,3 Prozent und ein jährliches Wachstumspotenzial von einem Prozent bis zum Jahr 2028.<sup>38</sup>
6. Die Konjunkturentwicklung in Deutschland kann auch nicht hauptsächlich auf internationale Entwicklungen zurückgeführt werden, da Deutschland auch in Wachstumsprognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) das Schlusslicht bildet.<sup>39</sup> Das angekündigte sozial-ökologische Wirtschaftswunder äußert sich für die deutsche Industrie dahingehend, dass die Produktion sinkt, insbesondere in den energieintensiven

<sup>28</sup> [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan/net-zero-industry-act\\_de](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan/net-zero-industry-act_de)

<sup>29</sup> [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/I/industriestrategie-bmwk-2023.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=10](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/I/industriestrategie-bmwk-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=10)

<sup>30</sup> <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/saarlaendische-stahlindustrie-bekommt-2-6-milliarden-euro-an-hilfen-19377394.html>

<sup>31</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/dekarbonisierung-sieben-milliarden-euro-fuer-gruenen-stahl-und-das-ist-erst-der-anfang/100009407.html>

<sup>32</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/halbleiter-teurer-strom-ein-chip-konzern-bekommt-zugestaendnisse-vom-bund/29432494.html>

<sup>33</sup> <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ifw-die-subventionen-des-bundes-steigen-auf-208-milliarden-euro-19239213.html>

<sup>34</sup> <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/der-kieler-bundesausgabenmonitor-2024-eine-empirische-strukturanalyse-des-bundeshaushalts-33123/>

<sup>35</sup> <https://www.ifo.de/fakten/2023-09-28/gemeinschaftsdiagnose-herbst-2023>, S. 79

<sup>36</sup> <https://www.tichyseinblick.de/wirtschaft/mobilitaet/iaa-auto/>

<sup>37</sup> <https://www.morgenpost.de/politik/article239461643/solaranlage-waermepumpe-foerderung-habeck-lindner.html>

<sup>38</sup> <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/G/gesamtwirtschaftliches-produktionspotenzial-fruehjahrsprojektion-2024.pdf>

<sup>39</sup> <https://de.statista.com/infografik/23188/iwf-prognose-zur-veraenderung-des-realen-bip/>

Industriezweigen. Dort ist der Produktionszuwachs seit Anfang 2022 fast durchgängig negativ.<sup>40</sup> Dass es sich beim Rückgang der Industrieproduktion und des verarbeitenden Gewerbes nicht um ein vorübergehendes Phänomen handelt, belegen Frühindikatoren wie die Veränderungen der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe von Juni 2022 bis Juni 2024. Die Auftragseingänge sind im betrachteten Zeitraum 23 Mal um bis zu 14 Prozent gesunken.<sup>41</sup> Der Anteil des produzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt liegt im Jahr 2023 gerade noch bei 28,1 Prozent in Deutschland.<sup>42</sup> Da sich Auftragseingänge mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung in höhere Industrieproduktion übersetzen und schlussendlich in einer exportorientierten Wirtschaft in Exporten münden, sinken diese ebenfalls, bspw. im 1. Halbjahr 2024 um 1,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.<sup>43</sup> Der Verband der deutschen Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) verweist auf prominente Industrieunternehmen, die ihre Produktion ins Ausland verlagern und gibt an, dass der Prozess der Deindustrialisierung schon lange vor den Energiepreisschocks im Jahr 2022 begonnen habe. Es sei daneben ein aussichtsloses Unterfangen, hiergegen mit einem staatlich festgesetzten Höchstpreis für Industriestrom bzw. einem auch in der Industriestrategie des Bundeswirtschaftsministers genannten „Industriestrompreis“ anzuschubventionieren.<sup>44</sup>

### **Sinkende Investitionen sowie Aufzehrung und Überalterung des Kapitalstocks durch Stagnation und Deindustrialisierung**

7. Neben dem Verlust von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen durch die andauernde Deindustrialisierung sinken auch inländische sowie ausländische Investitionen in Deutschland zur Erneuerung und Erweiterung des vorhandenen Kapitalstocks. Die ausländischen Investitionsprojekte in Deutschland sind laut Wirtschaftsprüfer EY im Jahr 2023 um 12 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken.<sup>45</sup> Auch die im Jahr 2023 leicht gestiegenen Bruttoanlageninvestitionen in Deutschland können den permanenten Wertverlust und die Überalterung des Kapitalstocks nicht ausgleichen. Verschärft wird der Wertverlust des deutschen Kapitalstocks auch durch die Energiepolitik der Bundesregierung bzw. den Ausstieg aus der Kern- und Kohlekraft, da hierdurch Kapital in Milliardenhöhe vernichtet wird.<sup>46</sup> Ähnlich ergeht es der deutschen Automobilindustrie durch die verschärften Flottengrenzwerte der EU, bei denen es sich um ein indirekt wirkendes Technologieverbot handelt.

### **International nicht wettbewerbsfähige Energiepreise**

8. Die vorsätzliche Kapitalvernichtung mit Technologieverboten durch die Bundesregierung im Energiesektor verknappt auch das grundlastfähige Stromangebot. Diese Verbote grundlastfähiger Technologien erhöhen die Strompreise und verringern die Versorgungssicherheit. 59 Prozent der Unternehmen geben laut einer Studie des Wirtschaftsprüfers Deloitte Energiekosten und Energiesicherheit als Gründe für Investitionen im Ausland statt in Deutschland an, 33 Prozent planen Investitionen und Produktion ins Ausland zu verlagern. Laut dem Autor der Studie sei das Vertrauen in den Standort Deutschland erschüttert, die Deindustrialisierung sei Realität.<sup>47</sup> Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI) und der Boston Consulting Group (BCG) zeigen, dass Unternehmen in Deutschland dreimal mehr für Strom bezahlen müssen als bspw. in China oder in den USA. In den energieintensiven Industrien summieren sich die Stromkosten leicht auf mehr als 20 Prozent der Bruttowertschöpfung, da diese im Durchschnitt des Jahres 2023 mehr als doppelt so viel für Strom an den Spotmärkten zahlen mussten als im Jahr 2021.<sup>48</sup>

### **Wind- und Solarenergie sind keine Lösung gegen hohe Energiepreise, sondern das Problem**

9. Bei der Bundesregierung besteht Einigkeit darüber, dass neben einer Vielzahl kleinteiliger Eingriffe in die Energiemärkte und temporär hochsubventionierten Gas- und Strompreisen („Energiepreisbremsen“) der beschleunigte Ausbau von Wind- und Solarkraftanlagen der beste Weg sei, um die Energiepreise zu senken und

<sup>40</sup> <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Industrie-Verarbeitendes-Gewerbe/produktionsindex-energieintensive-bran-chen.html>

<sup>41</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1020669/umfrage/veraenderung-der-auftragseingaenge-im-verarbeitenden-gewerbe/>

<sup>42</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/161447/umfrage/beitrag-der-einzelnen-wirtschaftszweige-zum-bruttoinlandsprodukt/>

<sup>43</sup> [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/08/PD24\\_316\\_51.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/08/PD24_316_51.html)

<sup>44</sup> <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/maschinenbau-1.6299732>

<sup>45</sup> [https://www.ey.com/de\\_de/news/2024/05/ey-standort-deutschland-2024](https://www.ey.com/de_de/news/2024/05/ey-standort-deutschland-2024)

<sup>46</sup> <https://www.welt.de/wirtschaft/plus248772736/Standort-Deutschland-Zu-wenige-Investitionen-Dieser-Wert-offenbart-den-desolaten-Zu-stand.html>

<sup>47</sup> <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/deindustrialisierung-viele-firmen-pruefen-verlagerung-der-produktion/29472118.html>

<sup>48</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energiekrise-deutsche-betriebe-sind-kaum-wettbewerbsfaehig/100001577.html>

dem Ausbleiben und der Verlagerung von Investitionen entgegenzuwirken.<sup>49</sup> Dieser Prognose der Bundesregierung liegt eine Betrachtung der Stromkosten zugrunde, die weder Kosten des Aufbaus noch des Betriebs der erforderlichen Reservekapazitäten und Netze für den Betrieb wetterabhängiger Wind- und Solarkraftanlagen berücksichtigt. Folglich erteilen Veronika Grimm, selbst Mitglied des Sachverständigenrates Wirtschaft, und weitere Autoren der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg der Hoffnung der Bundesregierung eine Absage, dass der verstärkte Ausbau von Wind- und Solarkraftanlagen der beste Weg sei, um die Strompreise zukünftig zu senken.<sup>50</sup> Die jährlichen Subventionen allein über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (ehemals über die „EEG-Umlage“) für den Ausbau der Solar- und Windkraftanlagen sollten laut Schätzungen der Übertragungsnetzbetreiber vom Anfang des Jahres 2024 ironischerweise gerade durch den beschleunigten Ausbau um 74 Prozent auf 18,4 Milliarden Euro steigen.<sup>51</sup> Mitte des Jahres hat die Bundesregierung daraufhin die Mittel hierfür von 10,6 Milliarden Euro auf 19,4 Milliarden Euro für 2024 aufgestockt. Finanziert werden die Subventionen für den beschleunigten Ausbau von Wind- und Solaranlagen nicht mehr mittels einer Umlage, sondern bspw. mit den Einnahmen aus der nationalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung von Treib- und Heizstoffen, die zum Jahreswechsel um 50 Prozent auf 45 Euro je Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent erhöht wurde, sowie durch Einnahmen aus der Stromsteuer, deren Steuersatz um den Faktor 20 über dem EU-Minimum liegt. Zusammengefasst sollen nach Plan der Bundesregierung also die Energiepreise gesenkt werden, indem Subventionen ausschüttet werden, die mit höheren Steuern und Abgaben auf Energie finanziert werden. Dass neben der Erhöhung der Steuern und Abgaben auf Energie die Politik der Verknappung des Energieangebots ein maßgeblicher Faktor für die hohen Energiekosten ist, die zu ausbleibenden Investitionen und zur Deindustrialisierung beitragen, illustriert nach Ansicht der Antragssteller die Absurdität der Energie- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Ein zweiseitiger Rückzug des Staates, also die Senkung sowohl der Steuern und Abschaffung der Abgaben auf Energie als auch das Einstellen der Subventionen für Solar- und Windkraftanlagen, bei gleichzeitiger Verbreiterung des konventionellen Energieangebots wäre ein einfacherer und effizienter Weg zu Senkung der Energiepreise. Zusätzlich zu geringeren Energiekosten hat dieser Weg den Vorteil, dass die Bürokratiekosten der Verwaltung durch den Wegfall der entsprechenden Steuern und Abgaben sinken und Bürokratiekosten in Unternehmen verringert würden, da von den Unternehmen weder ständig Förderanträge gestellt noch Anpassungen an Gesetzesänderungen vorgenommen werden müssen. So ließen sich mehrere von der Bundesregierung zu verantwortende Standortprobleme der Wirtschaft, die eine Stagnation und Deindustrialisierung ausgelöst haben, gleichzeitig mit zweckdienlichen Lösungen adressieren.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

### Steigende Bürokratiebelastung durch Transformation

10. Der Präsident des Bundesvereinigungen der Deutschen Arbeitgeberverbände fasst die deutschen Standortprobleme in einem Interview wie folgt zusammen: „Wir erleben [...] ein überreguliertes Wirtschaftssystem, eine verfehlte und stark überregulierte Energiepolitik. Das schafft ein Umfeld, in dem es ganz schwer wird, sich als Unternehmer, aber auch als Arbeitnehmer frei zu entfalten. [...] Die Energiekosten sind in unserem Land zu hoch, auch wegen der Steuern und Abgaben. Und die Digitalisierung unseres Verwaltungsapparats findet noch gar nicht richtig statt. [...] Auch die Bürokratie wurde nochmals verschärft, sogar ganz wesentlich! Schauen Sie sich das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz an, oder die Richtlinie für die Sozialreports, die Großunternehmen jetzt laut EU-Verordnung jährlich erstellen müssen. Allein der Leitfaden für den Sozialreport ist fast so dick wie das Frankfurter Telefonbuch. Das ist bürokratischer Wahnsinn, was da vor allem aus Brüssel zusätzlich über uns ausgeschüttet wird!“<sup>52</sup>
11. Hohe Energiekosten, hohe Steuern und Abgaben, bürokratische Verwaltung und eine maßlose und bürokratische Überregulation in der nationalen Wirtschafts- und Energiepolitik mit vielen Markteingriffen und Subventionen, die von der EU-Bürokratie noch verstärkt wird, sind Probleme, die gerade mittelständische und exportorientierte Industrieunternehmen überproportional belasten, insbesondere die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die Lieferkettenrichtlinie und der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), den die Bundesregierung nach eigenem Bekunden in ihrer Industriestrategie auf EU-Ebene vorangetrieben hat.<sup>53</sup> Genauso wie die EU-Kommission geht die Bundesregierung außerordentlich selektiv bei der Entlastung der

<sup>49</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/strompreis-stimmung-in-moll-unternehmer-demonstrieren-wachsenden-unmut/29405434.html>

<sup>50</sup> <https://www.utm.de/files/2024/04/Grimm-Policy-Brief-CD-FINAL.pdf>

<sup>51</sup> <https://www.welt.de/wirtschaft/energie/plus249757508/Deutschlands-Oekostromrechnung-ist-da-und-sie-ist-viel-hoer-als-angenommen.html>

<sup>52</sup> <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaft-in-deutschland-kein-wettbewerbsfaehiger-standort-mehr-19247153.html>

<sup>53</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/international/konjunktur-wie-die-buerokratie-europas-wirtschaft-schwaecht/29503418.html>

Unternehmen von Bürokratie und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren vor. Sie privilegiert Technologien, Unternehmen und Branchen, die ihren Transformationszielen dienen, statt die breite Masse oder zumindest zielgerichtet kleine und mittelständische Unternehmen zu entlasten (siehe oben). Entsprechend selektiv fällt auch die Umsetzung der Entlastungsmaßnahmen aus, die im Rahmen einer Verbändeabfrage zum Bürokratieabbau Anfang 2023 gesammelt wurden. Lediglich 2 Prozent der 442 Vorschläge der 57 teilnehmenden Wirtschaftsverbände wurden seitens der Bundesregierung aufgegriffen.<sup>54</sup> Ein Jahr nach der Verbändeabfrage warteten insbesondere mittelständische Industrieunternehmen auf das entsprechende Bürokratieentlastungsgesetz IV, das schon im Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2021 angekündigt worden war.<sup>55</sup> Der im März 2024 vom Kabinett beschlossene Entwurf bleibt hinter den Erwartungen der Wirtschaft zurück und greift nur einen Bruchteil der Entlastungsvorschläge der Wirtschaft auf.<sup>56</sup>

12. Die Bundesregierung baut nicht nur keine Bürokratie ab, sie lässt auch ohne Not den Aufbau von Bürokratie zu, wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz zeigt. Die Erweiterung des Geltungsbereiches des Gesetzes auf Unternehmen mit mindestens 1000 Mitarbeitern zum 1. Januar 2024 hätte genauso verhindert werden können, wie die schärfere EU-Lieferkettenrichtlinie, die von Industrieverbänden wie dem VDMA, BGA und Gesamtmetall abgelehnt wurde.<sup>57</sup> Der Präsident des Gesamtverbands der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie (Gesamtmetall) nennt das Lieferkettengesetz beispielhaft für die illiberale Politik der Bundesregierung, die zur Verschlechterung der Rahmenbedingungen geführt hat: „Zu den jetzigen Rahmenbedingungen sage ich: ein klares Nein. [...] Der Grad an Freiheit ist bei uns mittlerweile zu stark eingeschränkt, das gilt für die Gesellschaft im Allgemeinen und für die Unternehmen im Besonderen. Manche meinen, den Menschen ihre Ideologie aufzwingen zu müssen, so als wüssten sie allein, wie man zu leben hat.“<sup>58</sup> Ebenfalls beispielhaft für den bewussten Aufbau von Bürokratie durch die Bundesregierung ist das sogenannte Energieeffizienzgesetz, das nach Aussage des Präsidenten des ifo-Instituts eine Flut von „bürokratischen und planwirtschaftlichen Eingriffen“ bringe und statt Bürokratie abzubauen Bürokratie aufbaue und zu allem Überfluss auch nicht die Energieeffizienz reguliere, sondern den Energieverbrauch und damit die künftige wirtschaftliche Entwicklung beschränke.<sup>59</sup>
13. Die Bundesregierung baut Bürokratie nicht ab, sie lässt zu, dass der Bürokratieaufwand für Unternehmen steigt und erhöht die Bürokratiekosten der Unternehmen mit ihren vielen Markteingriffen, obwohl die Vorteile von Technologieoffenheit, weniger Markteingriffen und Bürokratieabbau mit gleichzeitiger Senkung der Bürokratiekosten in der Verwaltung und in Unternehmen auf der Hand liegen und Bürokratieabbau wesentlich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland verbessern kann.

### Hohe Steuer- und Abgabenlast zur Finanzierung der Transformation

14. Zu den negativen Rahmenbedingungen des Standort Deutschlands zählt zudem die hohe Steuerbelastung für Unternehmen. Laut OECD lag die durchschnittliche Ertragssteuerbelastung für Kapitalgesellschaften im Jahr 2021 bei 23,5 Prozent. In Deutschland lag der effektive Steuersatz bei 29,9 Prozent.<sup>60</sup> Diese Berechnungen decken sich mit Erhebungen für den „Mannheim Tax Index“ des Leibniz-Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), nach denen die mittlere effektive Steuerbelastung für profitable Unternehmen im Jahr 2023 bei 28,5 Prozent und damit auf einem unrühmlichen zweiten Platz innerhalb der EU und fast 10 Prozent über dem EU-Durchschnitt lag.<sup>61</sup> Eine vom ZEW genannte Möglichkeit, um die Rahmenbedingung eines günstigen Steuerumfelds zu verbessern und eine Entlastungswirkung von rund 12 Milliarden Euro pro Jahr zu entfalten, wäre die Abschaffung des ohnehin verfassungsrechtlich fragwürdigen Solidaritätszuschlags, wie dies auch der Bund der Steuerzahler (BdSt) fordert. Hunderttausende Unternehmen müssen diesen nach wie vor weiterzahlen, wodurch der Solidaritätszuschlag mittlerweile als faktische Unternehmenssteuer fungiert.<sup>62</sup> Statt die Steuerbelastung zu senken, hat die Bundesregierung zum Jahreswechsel die Steuer-

<sup>54</sup> <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/wie-deutschland-zu-europas-buerokratie-streber-wurde-19252123.html>

<sup>55</sup> [https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-11/Koalitionsvertrag%202021-2025\\_0.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-11/Koalitionsvertrag%202021-2025_0.pdf), S. 31

<sup>56</sup> <https://www.vbw-bayern.de/vbw/PresseCenter/Entwurf-zum-B%C3%BCrokratieentlastungsgesetz-IV-erf%C3%BCllt-Erwartungen-nicht.jsp>

<sup>57</sup> <https://industrieanzeiger.industrie.de/news/verbaende-lehnen-entwurf-der-eu-lieferkettenrichtlinie-ab/>

<sup>58</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interview-ich-wuerde-unter-den-aktuellen-bedingungen-keinen-metallbetrieb-gruenden/29401696.html>

<sup>59</sup> <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-nachhaltigkeit/energieeffizienzgesetz-so-will-die-regierung-zum-energiesparen-zwingen-19191166.html>

<sup>60</sup> <https://vdma.org/documents/34570/4802302/VDMA+Positionspapier+Standort+Deutschland.pdf>

<sup>61</sup> <https://www.zew.de/mannheim-tax-index>

<sup>62</sup> <https://steuerzahler.de/solidaritaetszuschlag/>

und Abgabenbelastung erhöht und will die Belastungen noch weiter erhöhen, um weiterhin ihrem ordnungspolitischen Ansatz treu zu bleiben und Subventionen auszuzahlen. Die faktische Erhöhung der Energiesteuer für Agrardiesel bezeichnete die Bundesregierung absurderweise als „Abbau von klimaschädlichen Subventionen.“<sup>63</sup>

### Bundesregierung verschärft den Fachkräftemangel

15. In Deutschland existieren weder international wettbewerbsfähige Energiepreise noch eine geringe Belastung mit Steuern, Abgaben und Bürokratie. Bei diesen Rahmenbedingungen verwundert es nicht, dass Deutschland kein attraktiver Standort für ausländische Investoren, aber auch kein attraktives Umfeld für tatsächliche ausländische Fachkräfte bietet. Laut einer Studie des IW ist die Fachkräftelücke in den 117 relevanten Berufsfeldern der Halbleiterindustrie im Zeitraum 2021/22 bis 2022/23 um 30 Prozent auf 82.000 gestiegen.<sup>64</sup> Ursächlich hierfür sind auch die seit 2016 sinkenden Erstsemesterzahlen in den MINT-Fächern, die auf absehbare Zeit durch den erneuten PISA-Schock nicht steigen werden. Mehr noch, laut IW gefährdet dieser katastrophale Einbruch den Technologiestandort Deutschland, weil er mittelfristig die Fachkräftesicherung erschwert, beispielsweise für die Halbleiterindustrie.<sup>65</sup> Die PISA-Ergebnisse zeigen den desolaten Zustand des deutschen Bildungssystems. Dieses bietet für gut ausgebildete inländische und ausländische Fachkräften und ihre Familien keinen Anreiz, nach Deutschland zu kommen oder hier zu bleiben.
16. Bezahlbarer Wohnraum ist ein weiterer Standortfaktor für Fachkräfte, aber auch hier zeigt sich das gleiche Bild: Statt günstigen Wohnraum anbieten zu können, explodieren die Mietpreise insbesondere in Ballungsgebieten aufgrund der andauernden Baukrise durch stark gestiegene Bau- und Finanzierungskosten in der Bauwirtschaft sowie durch den wachsenden Bedarf an Wohnraum als Folge anhalten starken Zuzugs. So ist die Zahl der Baugenehmigungen für neue Wohnungen im Jahr 2023 um 26,6 Prozent gesunken, der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern, die typischerweise eher von Privatpersonen errichtet werden, ist noch stärker um 39,1 Prozent bzw. 48,3 Prozent eingebrochen.<sup>66</sup> Dieser Trend setzt sich bisher auch im Jahr 2024 fort. Laut Statistischem Bundesamt ist die Anzahl der Baugenehmigungen für Wohnungen im 1. Halbjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 21,1 Prozent gesunken.<sup>67</sup> Das IW kritisiert insbesondere die Novelle des interventionistischen Gebäudeenergiegesetzes (GEG) dafür, dass die Kosten für Neubauten dadurch steigen. Die gestiegenen Kosten müssen in der Folge wieder an die Mieter weitergegeben werden oder es wird gleich auf Neubauten verzichtet, da diese nicht wirtschaftlich realisierbar sind. Höhere Mieten und weniger Angebot im Wohnungsmarkt sind eine Konsequenz der Energiepolitik der Bundesregierung; mehr Nachfrage im Wohnungsmarkt ist eine Konsequenz der Einwanderungspolitik der Bundesregierung, wie der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) ebenfalls anmerkt.<sup>68</sup> Die Einwanderungspolitik der Bundesregierung beeinflusst nicht nur die Rahmenbedingungen des günstigen Wohnraums für inländische sowie ausländische Fachkräfte negativ, sondern auch die Tragfähigkeit der Sozialversicherungen.<sup>69</sup>

### Planungsunsicherheit und Unzufriedenheit durch Regierungspolitik bremsen die Wirtschaft

17. Statt aber die Rahmenbedingungen für inländische und ausländische Fachkräfte sowie Investoren zu verbessern und eine Deindustrialisierung zu verhindern, verfolgt die Bundesregierung unbeirrbar ihre Transformationsziele mit vielen Markteingriffen und hohen Subventionen und trägt weiter aktiv zur Verschlechterung der Rahmenbedingungen bei. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungswidrigen Haushaltspolitik der Bundesregierung hat ebenfalls zu keinem Politikwechsel geführt, obwohl es in Kombination mit den schlechten Wirtschaftsaussichten und sinkenden Steuereinnahmen einem Eckpfeiler der sozial-ökologischen Transformation das Fundament entzieht, da die Finanzierung von Subventionen durch das Urteil

<sup>63</sup> <https://www.rnd.de/politik/einigung-beim-haushalt-2024-hoererer-co-preis-fuer-tanken-und-heizen-4ASBLW5CDJDNLLELK-BKK6QDSOM.html>

<sup>64</sup> <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/chipfabriken-in-gefahr-deutsche-halbleiterindustrie-kann-tausende-stellen-nicht-besetzen-li.2165922>

<sup>65</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/pisa-test-wirtschaft-reagiert-entsetzt-auf-bildungsdesaster/100002397.html>

<sup>66</sup> <https://www.welt.de/finanzen/immobilien/plus248395532/Energie-Absehbar-dass-Waermewende-scheitern-wird-Steigende-Kosten-kaum-Nutzen.html>

<sup>67</sup> <https://www.welt.de/finanzen/immobilien/plus253038450/Deutschlands-Baukrise-immer-dramatischer-und-die-Branche-verzweifelt-an-der-Regierung.html>

<sup>68</sup> <https://www.welt.de/finanzen/immobilien/plus248395532/Energie-Absehbar-dass-Waermewende-scheitern-wird-Steigende-Kosten-kaum-Nutzen.html>

<sup>69</sup> <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/studie-migration-ist-kein-rezept-zur-sanierung-der-staatskassen-19438886.html>

zumindes erschwert wurde.<sup>70</sup> Insbesondere der Bundeswirtschaftsminister und seine Berater zeigen sich uneinsichtig und suchen nach neuen Wegen, die Schuldenbremse auszuhebeln oder auszuhöhlen, um weiter großzügig Subventionen ausreichen zu können.<sup>71</sup> An Bürgern und Unternehmen ist das Urteil allerdings nicht vorbeigegangen. Laut OECD beeinträchtigte die Haushaltskrise die Investitionstätigkeit der Unternehmen sowie das Konsumverhalten der Haushalte negativ.<sup>72</sup> Unsicherheit und Unzufriedenheit würden laut dem Ifo Institut Konsum und Investitionen bremsen und zu den negativen Konjunkturaussichten beitragen. Vieles habe auch mit dem Missmanagement der Wirtschafts- und Klimaschutzpolitik zu tun.<sup>73</sup> Erwartungsgemäß sind laut Statistischem Bundesamt BIP, Konsumausgaben und Investitionen im 2. Quartal 2024 gesunken.<sup>74</sup>

### Negativer Standortfaktor: Ordnungspolitik des Bundeswirtschaftsministers

18. Die Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023 erwähnte im Kontext der Verunsicherung der Bürger beiläufig ein noch tieferes, strukturelles Problem der Politik der Bundesregierung, das erheblich zur Planungsunsicherheit von Bürgern und Unternehmen beiträgt, den Konsum und die Investitionen senkt und beträchtliche Risiken für die langfristigen Wachstums- und Wohlfahrtsaussichten birgt: „Derzeit gerät etwas in Gefahr, das bis vor Kurzem in Deutschland als selbstverständlich galt: nämlich ein gesellschaftliches Klima, welches Haushalten und Unternehmen das Vertrauen gibt, dass die Grundregeln unserer Gesellschaft allgemein akzeptiert werden, und dass diese Grundregeln deshalb auch in Zukunft Bestand haben. Darunter fallen Selbstverständlichkeiten wie der Respekt vor allen Mitmenschen und vor dem Eigentum sowie der Handlungsfreiheit anderer. Seit einiger Zeit gewinnt extremes Gedankengut an Boden, welches diese Selbstverständlichkeiten in Frage stellt.“<sup>75</sup> Insbesondere der Bundeswirtschaftsminister stellt mit seinen interventionistischen Gesetzen wie dem GEG, dem Energieeffizienzgesetz oder dem Ausstieg aus der Kernkraft Selbstverständlichkeiten wie den Respekt vor dem Eigentum und der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit von Haushalten und Unternehmen in Frage. Der gesamte ordnungspolitische Ansatz des Bundeswirtschaftsministers, der sich auch in der sogenannten „transformativen Angebotspolitik“ äußert, besteht nach Ansicht der Antragsteller darin, mit hohen Steuern und Abgaben ein bestimmtes Handeln anzureizen, um die resultierenden hohen Einnahmen großzügig an Bürger und Unternehmen umzuverteilen, die den sozial-ökologischen Zielen dienen. Alternativ wird ein bestimmtes Handeln mit selektiven Vergünstigungen – monetären Steuervergünstigungen und nicht-monetären schnelleren Genehmigungen – angereizt. Notfalls, oder gleich als erster Schritt, wie im Falle des Regierungsentwurfs zum Gebäudeenergiegesetz (GEG), wird im Rahmen dieses ordnungspolitischen Ansatzes ein bestimmtes Handeln gleich verboten, bspw. der zukünftige Einbau (sowie der vorherige Kauf und die Produktion) von Gas- oder Ölheizungen. Unternehmen werden zu Instrumenten zur Erreichung wirtschaftlicher (und sachfremder) Planziele degradiert, während Konsumenten die Wahlfreiheit genommen wird und sie diese Planziele zu erfüllen haben.

### Subventionen zeigen Unattraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschlands an

19. Die transformative Angebotspolitik des Bundeswirtschaftsministers ist nicht nur selbst ein negativer Standortfaktor. Die vielen Markteingriffe verschlechtern auch nebenbei alle anderen genannten Standortfaktoren für die Industrie. Die hohen Subventionen sind daher nach Ansicht der Antragsteller ein Maß für die Unattraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschlands. Dieses Maß quantifiziert den Kompensationsbedarf für schlechte Standortbedingungen dahingehend, dass der Subventions- bzw. Kompensationsbedarf mit sich verbessernden Wachstums- und Investitionsbedingungen sinkt. Die Standortbedingungen für internationale Chip-Hersteller wie Intel und TSMC sind in Deutschland derart schlecht, dass 30 bis 50 Prozent der gesamten Investitionssumme kompensiert werden müssen. Bessere Standortbedingungen in Deutschland hätten den Subventionsbedarf in Höhe von 14,9 Milliarden Euro gesenkt (siehe Absatz 3).

### Ordnungspolitischer Irrweg ruiniert Deutschland und muss beendet werden

20. Eine aus diesem Ansatz abgeleitete Industriestrategie mit dem Ziel der sozial-ökologischen Transformation ist ebenfalls ein ordnungspolitischer Irrweg, der zu Wettbewerbsverzerrungen, Investitionsruinen und

<sup>70</sup> <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/bvg23-101.html>

<sup>71</sup> <https://www.zeit.de/2024/10/deutsche-wirtschaft-konjunktur-loehne-wachstum-industrie>

<sup>72</sup> <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/unsicherheit-beeintraechtigt-investitionstatigkeit-oecd-sieht-durch-deutsche-haushaltskrise-konjunktur-europa-bedroht-10824178.html>

<sup>73</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/konjunktur-weshalb-selbst-aus-dem-erhofften-mini-wachstum-nichts-wird/100015394.html>

<sup>74</sup> [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/08/PD24\\_325\\_811.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/08/PD24_325_811.html)

<sup>75</sup> [https://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2023/10/IfW\\_Kiel\\_GD\\_2\\_2023\\_RZ\\_3\\_web.pdf](https://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2023/10/IfW_Kiel_GD_2_2023_RZ_3_web.pdf), S.11

Überkapazitäten führt.<sup>76</sup> Die Transformation der Industrie beinhaltet in erster Linie Ersatzinvestitionen, die den Kapitalstock nicht erweitern, sondern nur Kosten verursachen, die nicht durch höhere Gewinne amortisiert werden. Gleichzeitig verzerren Investitionen durch politische bzw. unwirtschaftliche Fehlanreize den Kapitalmarkt zugunsten subventionierter, wenig wettbewerbsfähiger Unternehmen und Technologien, da die subventionierten Unternehmen wirtschaftlicher erscheinen, als sie tatsächlich sind und hierdurch bspw. günstigere Refinanzierungskonditionen erhalten.

21. Durch diese Marktverzerrungen werden Wirtschaftsstrukturen geschaffen, die dauerhaft und mit steigender Tendenz durch den Staat am Leben gehalten werden müssen. Wind- und Solarkraft sind auch nach mittlerweile 24 Jahren intensiver Subventionierung in Höhe von mehreren Hundert Milliarden Euro über das EEG nicht wettbewerbsfähig und werden weiter subventioniert, allein im Jahr 2024 mit mindestens 19,4 Milliarden Euro (siehe Absatz 9). Auch die vorgelagerte Solarindustrie ist bis heute nicht wettbewerbsfähig und fordert Schutz vor chinesischen Billigimporten in Form von noch höheren Subventionen über das EEG – einen sogenannten „Resilienzbonus“.<sup>77</sup> Der DAX-Konzern Siemens Energy meldete ebenfalls Ende des Jahres 2023 Unterstützungsbedarf in Höhe von 15 Milliarden Euro, nachdem ihre Windkrafttochter mit erheblichen Problemen zu kämpfen hatte.<sup>78</sup> Nicht nur werden mit diesen Subventionen wettbewerbsunfähige Industrieunternehmen oder ganze Industriezweige (bspw. „Netto-Null“-Branchen im entsprechenden Industriegesetz der EU) geschaffen und Kapitalmärkte verzerrt, die dort investierten Mittel standen auch nicht anderen Unternehmen oder Branchen zur Verfügung, die die Mittel in marktfähige Produkte, Technologien und Innovationen hätten investieren können. Hierdurch verliert Deutschland den technologischen Anschluss in möglichen Zukunftstechnologien bspw. im Bereich der Quantencomputer, KI, Pharmazie, Nanotechnologie, Robotik oder der Kernfusion.<sup>79</sup> Um die Deindustrialisierung Deutschlands zu verhindern und der gesamtwirtschaftlichen Stagnation zu entkommen, gilt es nach Ansicht der Antragsteller, dem Ratschlag der Familienunternehmer zu folgen und diesen zu generalisieren: „Mehr staatliche Selbstbeschränkung, damit marktwirtschaftliche Prozesse ihre Kraft entfalten“ können, statt mit immer mehr Markteingriffen und Subventionen die Freiheit der Bürger und Unternehmen einzuschränken.<sup>80</sup>

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt

<sup>76</sup> <https://www.nzz.ch/der-andere-blick/die-industriestrategie-von-robert-habeck-fuehrt-auf-abwege-ld.1762206>

<sup>77</sup> <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energie-das-endspiel-um-die-solar-industrie-in-deutschland-hat-begonnen-01/100011224.html>

<sup>78</sup> <https://www.welt.de/wirtschaft/article248215902/Siemens-Energy-Wichtigster-Energiewende-Konzern-bittet-um-Hilfe-Habeck-vor-Dilemma.html>

<sup>79</sup> <https://www.tagesspiegel.de/wissen/deutschland-erst-euphorisch-jetzt-zogerlich-kernfusion-ist-jetzt-reif-in-die-industrie-gebracht-zu-werden-11277334.html>

<sup>80</sup> „Eine Willkommenskultur für Unternehmen ist nötig“, Frankfurter Allgemeine, Seite 18, 27.10.2023